

## Umfrage zeigt erneut Ausmaß von „Gewalt gegen Lehrkräfte“

Vorstellung einer neuen forsa-Umfrage am 2. Mai 2018 in Berlin, Stuttgart, Düsseldorf

Schon 2016 hatte der VBE von forsa eine bundesweit repräsentative Umfrage unter fast 2.000 Lehrkräften allgemeinbildender Schulen zum Thema „Gewalt gegen Lehrkräfte“ durchführen lassen. Nun beweist die aktuelle forsa-Umfrage unter 1.200 Schulleitungen erneut: Gewalt gegen Lehrkräfte sind keine Einzelfälle. In den letzten fünf Jahren gab es an der Hälfte der Schulen direkte psychische Gewalt gegen Lehrkräfte, an einem Fünftel Cybermobbing, an jeder vierten Schule körperliche Gewalt gegen Lehrkräfte.

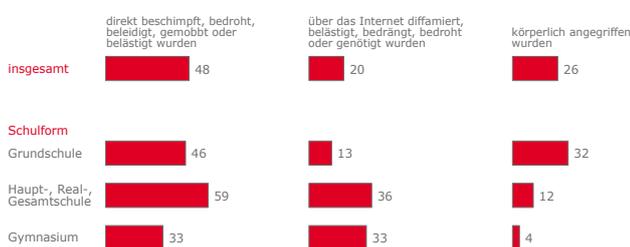


Der VBE-Bundesvorsitzende, Udo Beckmann, bei der telefonisch durchgeführten Pressekonferenz

Die Kultusministerien jedoch erfassen Zahlen von Gewaltvorfällen nicht bzw. wenn doch, werden diese nicht veröffentlicht. Der VBE setzt sich deshalb dafür ein, dass in allen Bundesländern Statistiken geführt und regelmäßig veröffentlicht werden. Der Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), Udo Beckmann, begründet: „Nur, wenn das Ausmaß für die Ministerien greifbar wird, werden sie die angemessenen Maßnahmen umsetzen, um Lehrkräfte besser zu schützen, im Falle eines Falles besser zu unterstützen und das Klima an den Schulen langfristig zu verbessern. Die Politik darf mit ihrer ‚Was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß‘-Haltung nicht weiter durchkommen.“ Er ist davon überzeugt, dass das Veröffentlichens von Zahlen einen positiven Effekt hat. So sagten in der letzten Umfrage noch 57 Prozent der befragten Lehrkräfte, dass ‚Gewalt gegen Lehrkräfte‘ ein Tabu-Thema sei. Nun stimmen dieser Aussage nur noch 39 Prozent der befragten Schulleitungen zu. „Ein offener Umgang mit diesem Thema ist vor allem für Betroffene immens wichtig“, meint der VBE-Bundesvorsitzende.

### Fälle von Gewalt an der Schule

Es gab an der Schule in den letzten 5 Jahren Fälle, in denen Lehrkräfte



Jede zehnte Schulleitung gibt an, dass die Lehrkräfte nach einem Vorfall nicht ausreichend unterstützt werden konnten. Nach den Gründen hierfür gefragt, sagen 63 Prozent von diesen Schulleitungen, dass sich betroffene Schülerinnen und Schüler uneinsichtig zeigten und 59 Prozent bemängeln, dass Eltern nicht kooperationswillig waren. Jede dritte Schulleitung sagt, dass sich das Schulministerium des Themas nicht ausreichend annimmt. Jeweils 20 Prozent der Befragten geben an, dass die Meldung zu bürokratisch sei, sie zu viele andere Aufgaben haben, eine Meldung zu Reputationsverlusten führe und sich die Schulverwaltung des Themas nicht ausreichend annehme. Zudem sagen 11 Prozent, dass die Meldung von Vorfällen von den Schulbehörden nicht gewünscht sei. Der VBE fordert deshalb zum einen die volle Unterstützung des Dienstherren ein, zum anderen aber auch die Unterstützung der Lehrkräfte durch multiprofessionelle Teams.

Stichproben der Umfrage für Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen wurden von den Landesverbänden VBE Baden-Württemberg und VBE NRW in Stuttgart und Düsseldorf vorgestellt.

### VBE und Partner fordern Schulbaupakt

Der Bund Deutscher Architekten (BDA), die Montag Stiftung Jugend und Gesellschaft und der Verband Bildung und Erziehung (VBE) fordern einen „Pakt für einen zukunftsweisenden Schulbau“. Angesichts der geplanten Investitions-offensive des Bundes sprechen sie sich dafür aus, Förderkriterien zu formulieren und finanzielle Mittel nur für Schulbau aufzuwenden, der qualitativ hochwertig und innovativ ist. In dem gemeinsamen Positionspapier werden Kriterien der Förderung definiert und aufgeführt, was es für die Ausgestaltung der Förderung braucht.

Mehr Informationen unter: <https://www.vbe.de/themen/schulbau>

## Gekämpft, getagt, gewonnen: Deutliches Einkommensplus für Angestellte

Die diesjährigen Tarifverhandlungen für Angestellte des öffentlichen Dienstes beim Bund und den Kommunen endeten nach drei Verhandlungsrunden mit einer Gehaltssteigerung von 7,5 Prozent bei einer Laufzeit von 30 Monaten. In drei Schritten gibt es lineare Erhöhungen: 3,19 Prozent rückwirkend zum 01.03.2018, 3,09 Prozent zum 1.4.2019 und 1,06 Prozent zum 1.3.2020. Die Beschäftigten von EG1 bis EG6 erhalten mit Wirkung vom 1.3.2018 eine Einmalzahlung von 250 Euro. Zudem werden die Auszubildenden- und Praktikantentgelte in zwei Schritten um jeweils 50 Euro erhöht (1.3.2018 und 1.3.2019).



Der Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung, Udo Beckmann, kommentierte: „Schlussendlich haben die Arbeitgeber doch erkannt, dass die Beschäftigten ihre steigenden Mieten und Lebenshaltungskosten nicht nur von lobenden Worten zahlen können. Was nun herausgekommen ist, ist ein solides Ergebnis, das in jedem der drei Erhöhungsschritte zu einem merkbaren Plus führt.“

Jens Weichert, Landesvorsitzender des Sächsischen Lehrerverbandes und stellvertretender Bundesvorsitzender des VBE für den Tarifbereich führt den Erfolg auch auf Streikmaßnahmen zurück. „Die Warnstreiks der vergangenen Wochen sind auch bei den Arbeitgebern angekommen. Mit dem Verhandlungsergebnis wurde ein tragfähiger Kompromiss bei der Verteilung des finanziellen Gesamtvolumens der Tarifeinigung zwischen den Berufsgruppen im öffentlichen Dienst erzielt“, konstatiert er, der auch stellvertretender Vorsitzender der Bundestarifkommission des dbb ist.



Angesichts der Arbeitsbedingungen in den Kindertagesstätten mahnt Beckmann jedoch an, dass die Bezahlung nur ein Baustein ist, um zufriedene und gesunde Beschäftigte langfristig in ihren Jobs halten zu können und an den öffentlichen Dienst zu binden. Er stellt heraus: „Was die Erzieherinnen und Erzieher brauchen, ist eine bessere Fachkraft-Kind-Relation, die Unterstützung durch multiprofessionelle Teams und eine Arbeitsumgebung, die gesundes Arbeiten ermöglicht.“

## VBE-Frauen machen sich fit: Diskriminierung erkennen und begegnen



Udo Beckmann, Bundesvorsitzender des VBE, und links neben ihm Jutta Endrusch, Bundessprecherin der VBE Frauenvertretung mit den Vertreterinnen aus den VBE Landesverbänden

Gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit? Davon sind einzelne Bundesländer noch weit entfernt. A13 für alle bleibt zentrale Forderung des VBE Bundesverbandes und der VBE Landesverbände. Schließlich sind im – schlechter bezahlten – Grundschulbereich vor allem Frauen beschäftigt. Dies führe zu struktureller Diskriminierung, betonen der VBE-Bundesvorsitzende, Udo Beckmann, und die Bundessprecherin der VBE Frauenvertretung, Jutta Endrusch, regelmäßig. Grund genug für die VBE Frauenvertretung, sich auf ihrer Jahrestagung damit und allgemein mit Diskriminierung im Bildungsbereich zu befassen. Die Tagung fand vom 19. bis 21. April 2018 in Berlin statt.

Gastreferentinnen bereicherten die Diskussion. Maryam Haschemi Yekani baut momentan das Berliner Netzwerk gegen Diskriminierung in Schule und Kita (BeNeDisk) auf und stellte vor, wie sie die Arbeit in der Anlaufstelle für Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrkräfte organisiert. Charlotte Kastner ist Referentin für Forschung und Grundsatzangelegenheiten bei der Antidiskriminierungsstelle des Bundes. Sie hat maßgeblich an der Erstellung des Praxisleitfadens „Diskriminierung an Schulen erkennen und vermeiden“ mitgewirkt. Dieser bietet neben Begriffsklärungen auch ein Kapitel zu rechtlichen Rahmenbedingungen und vor allem ausführliche Informationen zu Handlungsoptionen. Er kann [hier](#) heruntergeladen werden.



VBE Bundesgeschäftsstelle

Behrenstraße 24  
10117 Berlin  
T. + 49 30 - 726 19 66 0  
presse@vbe.de  
www.vbe.de

Verband Bildung und Erziehung

VBE